



## Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-22528

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 19.09.2019

### Niederschrift

über die **39. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 24.06.2019, 14:00 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Frank Hauser	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

#### Beratende Mitglieder

Frau Diana Finsterle	auf Vorschlag der AfD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Helga Blümel	auf Vorschlag der SPD
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Lena Teschlade	auf Vorschlag der SPD
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband

Herr Benedikt Liefertz	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Martina Schönhals	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Beratende Mitglieder**

Herr Tobias Scholz	GUT
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr David Klapheck	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Anja Ramos	AWO Köln
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** eröffnet um 15:30 Uhr die Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

Vor Eintritt in die Debatte über die Tagesordnung verabschiedet **Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** das bisherige Mitglied des Ausschusses **Herrn RM Klau-sing**, der aus dem Ausschuss für Soziales und Senioren ausgeschieden ist und begrüßt **Herrn RM Erkelenz**, welcher am 31.05.19 vom Rat für die CDU in den Ausschuss Soziales und Senioren gewählt wurde. Ebenso begrüßt wird **Frau SE Tesch-lade**, die in der gleichen Ratssitzung als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss gewählt wurde und den bisher vakanten Sitz innerhalb der SPD Fraktion einnimmt.

Des Weiteren begrüßt **Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** die neue Geschäftsführerin des Kölner Jobcenters **Frau Martina Würker** und heißt diese willkommen. **Frau Würker** stellt sich den Mitgliedern des Ausschuss Soziales und Senioren vor und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Herr **Ausschussvorsitzender RM Paetzold** begrüßt ferner **Frau RM Monika Schultes**, die nach längerer Krankheit wieder an den Sitzungen des Ausschusses teilnimmt und verabschiedet **Frau SE Monika Dierksmeier**, die seit 1998 beratende sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Soziales und Senioren ist und die zum 30.06.2019 in den Ruhestand treten wird.

Zu Beginn der Debatte um die Festlegung der Tagesordnung mahnt der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** gegenüber der Verwaltung die Einhaltung der in der Geschäftsordnung des Rates vorgesehenen Fristen zur Einreichung von Vorlagen an, da zu der heutigen Sitzung fünf Vorlagen vorliegen, die den Mitgliedern des Ausschusses verfristet mitgeteilt wurden. Er weist auf § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates hin, wonach die Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten für den Rat den Ratsmitgliedern mindestens zehn Kalendertage vor dem Sitzungstermin zuzustellen sind. Dies gilt nicht für Anträge. Vorlagen, die nicht spätestens bis zum zehnten Kalendertag vor dem Sitzungstermin zugehen, werden in der entsprechenden Sitzung nicht mehr behandelt, es sei denn, alle vertretenen Fraktionen stimmen einer Behandlung zu. Dies, so führt der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** weiter aus, gilt nach § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung auch für Ausschüsse, da auf das Verfahren in den Ausschüssen die für den Rat geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden. Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** bittet die Verwaltung dies künftig einzuhalten, da den ehrenamtlichen Mitgliedern des Ausschusses sonst die Möglichkeit genommen wird, sich in die zur Beratung anstehenden Vorlagen einzuarbeiten.

**Herr Dr. Rau** nimmt die Rüge des Vorsitzenden an, weist darauf hin, dass Beschlussvorlagen der Verwaltung in aller Regel einem Mitzeichnungsprozess unterliegen, welche auch dezernatsübergreifend viele Runden und Etappen zu nehmen haben. Insbesondere Vorlagen, bei denen es um ausgaben- oder stellenwirksame Belange geht, sind besonders für die Haushaltsplanaufstellung von Bedeutung. **Herr Dr. Rau** wird den Hinweis nutzen um verwaltungsintern, auch dezernatsübergreifend, nochmals um flüssige Bearbeitung zu bitten.

**Frau Dr. Robinson** weist darauf hin, dass die Vorlagen zu TOP 4.6 und TOP 4.7 zum Thema „Verbraucherschutz“ in der heutigen Sitzung beschlossen werden sollten, da hier zur Finanzierung Landesmittel in Höhe von 50% bereitstehen, welche ansonsten nicht mehr abgerufen werden können. Auch zu TOP 4.8, bei welchem es inhaltlich um Stellen im Rahmen des §16i SGB II geht, bittet Frau Dr. Robinson um eine positive Beschlussfassung des Ausschusses in der heutigen Sitzung.

**Frau RM Gärtner** macht von Seiten der CDU Fraktion Beratungsbedarf für die Vorlagen zu TOP 4.6 und 4.7 geltend und bittet diese ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben. Die TOPs 21.1 und 21.2 sollen in die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben werden. Hier, so regt **Frau RM Gärtner** an, könne der Rat ggf. über einen Dringlichkeitsentscheid eine Entscheidung herbeiführen, bittet allerdings diese TOPs trotzdem zu beraten.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** schlägt den Mitgliedern des Ausschusses vor die Tagesordnungspunkte 4.4, 4.5, in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben und die Tagesordnungspunkte 4.6, 4.7, 4.8, 5.2 in die Beratungsfolge ohne Votum zu schieben, die Vorlage zu TOP 5.2 soll trotz Verfristung behandelt werden, da hierzu durch die Verwaltung die Dringlichkeit begründet wurde. Zu

TOP 13.2 schlägt er vor, diese in die nächste Sitzung zu schieben sowie die beiden TOPs 21.1 und 21.2 auf Grund des angemeldeten Beratungsbedarfs von Seiten der CDU in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben

Der TOP 13.5 soll zu Beginn der Tagesordnung behandelt werden Der TOP 13.1, auf Grund eines Vortrags, anschließend vorgezogen werden.

**Der Ausschuss beschließt einstimmig die so geänderte Tagesordnung anzunehmen.**

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

- 1.1 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan  
0217/2019

#### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

- 2.1 Aktiv60-Ticket und Kindermitnahme  
AN/0715/2019
- 2.2 Modellversuch - ein Jahr AKTIV60-Ticket zum ermäßigten Preis beim Führerscheinverzicht von Senioren  
AN/0717/2019
- 2.2.1 Änderungsantrag zu TOP 2.2 der Fraktion der FDP  
AN/0941/2019
- 2.3 Die Raumfrage lösen: Die Verdrängung sozialer, kultureller und umweltpolitischer Projekte aus der Stadt verhindern!  
Antrag der SPD Fraktion  
AN/0795/2019

#### **3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel  
hier: Maßnahmebewilligungen 2019  
1400/2019

- 3.2 Verbesserte Hinweise auf mangelnde Barrierefreiheit der Hohenzollernbrücke (Nordseite)  
Beschlussantrag SE Dr. Herbert Mück vom 02.06.2019

#### **4 Ausschussempfehlungen an den Rat**

- 4.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018  
1269/2019
- 4.2 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018  
1273/2019
- 4.3 „Integrationsbudget“: Mittel für die Fortschreibung des Gesundheitswegweisers und die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“  
1316/2019
- 4.4 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migranten-selbstorganisationen  
1224/2019
- 4.5 Richtlinie für die Anerkennung und Förderung Interkultureller Zentren  
1909/2019
- 4.6 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln einschließlich Betrauungsakt  
0680/2019
- 4.7 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatung im Quartier einschließlich Betrauungsakt  
0681/2019
- 4.8 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser  
1841/2019

#### **5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

- 5.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Maßnahme 5.0.2 „Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“  
1196/2019
- 5.2 Förderung des Projektes "Port Kölnberg - Veedelslotse"  
2126/2019

## **6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

### **7 Wohnen**

7.1 Anfragen und Beantwortungen

### **8 JobCenter Köln**

8.1 Bericht des Jobcenter Köln  
2105/2019

8.2 Anfragen und Beantwortungen

8.2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.05.2019 von Herrn Lieffertz zum Thema "Gleichstellungsplan im Jobcenter Köln"  
2032/2019

8.2.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.05.2019 von Herrn Dr. Schulz zum "Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2018"  
2035/2019

8.2.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Hoyer auf der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.05.2019 zum Thema "Schaltung fingierter Stellenangebote in der Jobbörse"  
2167/2019

### **9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.2 Abschlussbericht zum EHAP Projekt BONVENA für besonders benachteiligte neuzugewanderte Menschen aus der Europäischen Union  
Berichtszeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2018  
1528/2019

### **10 Aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2019  
1951/2019

10.2 Bearbeitung von Schwerbehindertenanträgen  
2019/2019

**11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

11.1 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2 Mündliche Anfragen

**12 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**

12.1 Präsentation der Ergebnisse der "Leben -in-Köln - Umfrage 2016"; Zusatzfrage des RM Herr Klausning in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.12.2018  
1220/2019

12.2 Solidarity City Köln: Kann Köln Teil der europäischen Solidarity Cities werden?  
Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 11.03.2019  
AN/0307/2019

12.3 Sachstand zum Sanierungs- und Umbauprogramm der Kölner Sozialhäuser  
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.03.2019  
AN/0314/2019

12.3.1 Sachstand zum Sanierungs- und Umbauprogramm der Kölner Sozialhäuser  
Beantwortung einer Anfrage der Ratsfraktionen der CDU und von Bündnis90/Die Grünen  
1029/2019

12.4 Zielgruppenberatung bei der Stadt Köln  
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat vom 07.05.2019  
AN/0644/2019

12.4.1 Zielgruppenberatung bei der Stadt Köln  
Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage gem. Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates  
1721/2019

12.5 Beantwortung der Anfrage "Stärkung der Sozialräume" (AN/0274/2019)  
1511/2019

12.6 Beantwortung mehrerer Anfragen des Ausschusses für Soziales und Senioren aus der Sitzung vom 14.03.2019 zum Evaluationsbericht Haushaltsnahe Dienste (Vorlagen-Nr. 0278/2019)  
1433/2019

### **13 Mitteilungen**

- 13.1 Fertigstellung des Monitoring Stadtentwicklung Köln  
2001/2018
- 13.2 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln"  
1871/2019
- 13.3 Erfahrungsbericht zur Inklusionsvereinbarung 2017  
1117/2019
- 13.4 Gesundheits- und Sozialwesen – Beschäftigungsentwicklung in Köln und im  
Regionalvergleich 2008 bis 2018  
2127/2019
- 13.5 Anfrage- und Antragsrecht sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner  
1777/2019
- 13.6 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2018  
1915/2019
- 13.7 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2018  
1918/2019
- 13.8 Verbesserung des Bildungs- und Teilhabepaketes zum 01.08.2019 durch das  
Starke- Familien-Gesetz (StFamG)  
2085/2019
- 13.9 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2019 der Bürgerzentren  
2031/2019
- 13.10 KOMM-AN NRW – Programm zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtli-  
chen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten und Neuzugewanderten –  
Sachstandsbericht 2019  
2047/2019
- 13.11 Bericht Antirassismus-Trainings 2018  
2014/2019



## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 14 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 15 Beantwortungen von Anfragen**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 18 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
  - 18.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
  - 18.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
  - 18.3 Mündliche Anfragen
- 19 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
  - 19.1 Widerruf der Anerkennung von Atlant e.V. als Interkulturelles Zentrum 1373/2019
  - 19.2 Mietvertragsverlängerung der Notunterkunft Ringstr. 38-44, 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von geflüchteten Personen 1727/2019
- 20 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 21 Ausschussempfehlungen an den Rat**
  - 21.1 Anmietung von drei Mehrfamilienhäusern Martin-Luther.-Str. 6 a, 50767 Köln-Esch zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen 1694/2019
  - 21.2 Anmietung von zwei Mehrfamilienhäusern Zum Dammfelde 37 a und 37 b, 50859 Köln zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen 1695/2019
- 22 Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 1.1 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan 0217/2019

##### **Für die Verwaltung anwesend Frau Höfer, Amt für Gleichstellung**

**Frau RM Hoyer** stellt zur Vorgehensweise die Frage, ob der Tagesordnungspunkt behandelt werden kann, da der Integrationsrat in seiner letzten Sitzung vom 17.06.2019 auf Grund festgestellter Beschlussunfähigkeit kein Votum abgegeben hat. Sie bittet daher die Verwaltung um entsprechende Auskunft.

**Herr Rau** sagt zu, den Sachverhalt zur nächsten Sitzung klären zu lassen.

**Frau SE Brauckmann** bittet mit Blick auf die Dimension zum Thema „geschlechtliche Vielfalt“, unter anderem hinsichtlich des gesetzlich nunmehr anerkannten „Dritten Geschlechts“, diese Thematik beim nächsten Bericht zu berücksichtigen.

**Herr RM Dr. Schulz** merkt an, künftig auch die Handwerkskammer einzubeziehen.

**Herr RM Detjen** weist darauf hin, dass der Ausschuss Soziales und Senioren trotz der Beschlussunfähigkeit des Integrationsrates einen Beschluss fassen kann.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** ist hinsichtlich des Vorgehens nicht sicher und regt an, die Vorlage ohne Votum zu schieben.

**Frau Höfer** macht darauf aufmerksam, dass der Gleichstellungsaktionsplan ab 2019 für die nächsten drei Jahre Gültigkeit hat. Eine Unterbrechung der Beschlussfolge würde zu einer Handlungsunfähigkeit der Verwaltung in diesem Bereich führen.

**Frau RM Heuser** erkundigt sich nach der Verzahnung zu dem Programmen „Lebenswerte Veedel, „Integriertes Handlungskonzept starke Veedel – starkes Köln“ und dem „Lebenslagenbericht“.

**Frau Höfer** weist darauf hin, dass über Akteure der einzelnen Gremien der verschiedenen genannten Projekte eine Verzahnung besteht und bei der Erstellung des Gleichstellungsaktionsplanes die Akteure der verschiedenen Projekte anwesend waren.

**Herr Dr. Rau** teilt mit, dass die Verwaltung sich hinsichtlich des Umgangs mit Vorlagen, welche im vorherigen Gremium wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt wurden, beraten hat.

**Herr Oster** erläutert zu TOP 19.1 und TOP 1.1, dass beide Vorlagen fristgerecht und rechtzeitig in den Integrationsrat eingebracht wurden. Zur Vorlage unter TOP 19.1 hat der Ausschuss Soziales und Senioren das Entscheidungsrecht. Bei der Vorlage zu TOP 1.1 hat der Ausschuss ein Beratungsrecht, da hier die Entscheidung beim Rat

liegt. Beide Vorlagen können behandelt werden, da der Integrationsrat seine Beschlussunfähigkeit selbst herbeigeführt hat. Die Beteiligungsrechte waren dennoch gewahrt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** lässt über den Beschluss abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, dass die Beschlussempfehlung an die nachfolgenden Gremien wie im Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender beschlossen, wie folgt ergänzt werden soll:

**„... und beauftragt die Verwaltung den Aktionsplan unter Berücksichtigung der verschiedenen geschlechtlichen Identitäten weiterzuentwickeln.“**

Somit empfiehlt der Ausschuss Soziales und Senioren den nachfolgenden Gremien wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den 2. Kölner Aktionsplan zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene **und beauftragt die Verwaltung den Aktionsplan unter Berücksichtigung der verschiedenen geschlechtlichen Identitäten weiterzuentwickeln.**

Der Aktionsplan soll mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen umgesetzt werden.

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Der 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan hat eine Laufzeit von drei Jahren (2019 - 2021). Damit die Maßnahmen im vorgesehenen Zeitraum umgesetzt werden können, ist die Beschlussfassung der politischen Gremien in der ersten Jahreshälfte 2019 dringend erforderlich.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

### **2.1 Aktiv60-Ticket und Kindermitnahme AN/0715/2019**

**Herr SE Dr. Dr. Mück** macht darauf aufmerksam, dass die SVK-Stadtkonferenz der Stadt Köln in ihrer Sitzung vom 18.06.2019 beide Anträge befürwortet hat (*Anlage 1 der Niederschrift*) und betont nochmals, dass es sich um ein freiwilliges Angebot der KVB handeln soll.

**Herr RM Detjen** verweist auf das Beispiel der Stadt Monheim, welche zukünftig auf kostenlosen ÖPNV umstellt und diesen allein aus Haushaltsmitteln finanziert. Man sieht an diesem Beispiel das sich im Bereich der Finanzierung des ÖPNV unterschiedliche Modelle entwickeln welche neue Wege aufzeigen können.

**Frau RM Heuser** bedankt sich **bei Herrn Dr. Dr. Mück** für den eingebrachten Antrag und macht auf eine gewisse Unwucht aufmerksam, welche entstehen könnte, wenn

nur Seniorinnen und Senioren die kostenfreie Mitnahme von Kindern gestattet wird. Hier muss die Bedürftigkeit des Personenkreises im Vordergrund stehen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf einen Antrag der Grünen Landtagsfraktion zur generellen kostenfreien Fahrt von Kindern und Jugendlichen bis 14 Jahren im ÖPNV.

**Frau RM Hoyer** widerspricht dem Eindruck, beide Anträge bereits in der letzten Sitzung abgelehnt zu haben. Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, da Kinder bis 5 Jahre bei den Kölner Verkehrsbetrieben bereits jetzt kostenlos mitfahren und Kinder ab 10 Jahren in Köln in der Regel ein Schülerticket haben. Ebenso muss die finanzielle Situation der KVB berücksichtigt werden.

**Herr SE Dr. Dr. Mück** weist darauf hin, dass die kostenfreie Mitfahrt eines Kindes oder eines Jugendlichen auch im Hinblick der generationenübergreifenden Hilfe gesehen werden sollte, da beispielsweise der Enkel die Großmutter beim Lesen des Fahrplans unterstützen könne.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** verweist ebenfalls auf die positive Unterstützung des Antrages durch die SVK-Stadtkonferenz und ruft, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, zur Abstimmung über den Antrag auf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (8) gegen die Stimmen von SPD und Die Linke (5) mehrheitlich **abgelehnt**.**

## **2.2 Modellversuch - ein Jahr AKTIV60-Ticket zum ermäßigten Preis beim Führerscheinverzicht von Senioren AN/0717/2019**

**Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** weist darauf hin, dass es auch hierzu einen positiven Beschluss der SVK-Stadtkonferenz und die Bitte an die Oberbürgermeisterin gibt, diesen Beschluss der SVK zur weiteren Beratung in die Ausschüsse einzubringen.

**Herr SE Dr. Dr. Mück** legt dar, dass es sich bei diesem Antrag um einen Minimalbeitrag zum Thema Umweltschutz handelt und bittet, dem Antrag unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der FDP, zuzustimmen.

**Frau RM Hoyer** weist auf die Irritationen, welche es in der Stadtarbeitsgemeinschaft hinsichtlich der Freiwilligkeit eines Führerscheinverzichts gegeben hat, hin. Diese Irritationen sollen nunmehr durch den Änderungsantrag der FDP, welcher die Freiwilligkeit ausdrücklich hervorhebt, abschließend ausgeräumt werden.

**Herr RM Detjen** teilt mit, dass der Antragsteller den Änderungsantrag der FDP übernehmen wird, da der Kernsatz des Ursprungsantrages unverändert bleibt. Auch er betont, dass es sich um ein Angebot handelt und niemand aktiv aufgefordert werden sollte, seinen Führerschein abzugeben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Der Ausschussvorsitzende RM Paetzold** lässt über den Änderungsantrag TOP 2.2.1 abstimmen, da dieser vom Antragsteller übernommen wurde.

## **2.2.1 Änderungsantrag zu TOP 2.2 der Fraktion der FDP AN/0941/2019**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

Zeile 1 – 2 bis „... im Rahmen eines auf ...“ streichen und ersetzen durch:

„Der Ausschuss Soziales und Senioren fordert niemanden aktiv auf, seinen Führerschein abzugeben. Wenn Kölnerinnen und Kölner, die 60 Jahre und älter sind und durch Rückgabe auf ihren Führerschein verzichten, dann soll dies honoriert werden. Im Rahmen ... „

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mit Zustimmung von SPD/Die Linke und FDP (6) und Enthaltung der übrigen Parteien (7) einstimmig **beschlossen**.**

## **2.3 Die Raumfrage lösen: Die Verdrängung sozialer, kultureller und umweltpolitischer Projekte aus der Stadt verhindern! Antrag der SPD Fraktion AN/0795/2019**

**Frau RM Schmerbach** macht darauf aufmerksam, dass vermehrt Kommunalpolitiker von Vereinen, Projekten und Initiativen hinsichtlich der Suche und der Beschaffung von Räumlichkeiten um Hilfe gebeten werden. Vor dem Hintergrund der wichtigen Arbeit dieser Institutionen für das Funktionieren einer sozialen Stadtgemeinschaft, ist es geboten, dass hier geeignete Räume zur Verfügung stehen. Aktuell zeigt sich, dass auf dem Markt ein immer größer werdender Verdrängungsprozess stattfindet, so dass kaum noch geeignete Räumlichkeiten gefunden werden können. Hier ist die Verwaltung gefordert, um durch ein geeignetes Konzept Hilfestellung zu leisten und hierdurch der Verdrängung durch immer knapper und teurer werdender Raumangebote entgegen zu treten.

**Herr SE Scheffer** begrüßt den Vorstoß der SPD grundsätzlich, da hier die richtigen Fragen nach dem „wie wir leben wollen“, gestellt werden. Für die Partei Die Linke bedeutet Urbanität auch immer Vielfältigkeit und Heterogenität. Es fällt auf, dass immer zuerst die alternativen Formen des Lebens und Arbeitens in einem Alarmmodus sind, da sie bedroht sind, ihre Räumlichkeiten zu verlieren. Hier ist durchaus wünschenswert, wenn sich die Verwaltung konstruktiv mit einbringt und entsprechende Konzepte entwickelt.

**Frau RM Heuser** verweist auf den am 06.02.2018 vom Rat beschlossenen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/ der FDP und der Ratsgruppe BUNT vom 25.01.2018 „Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung“. (*Anlage 2 dieser Niederschrift*). Was die im vorliegenden Antrag erwähnten sozialen Einrichtungen angeht, so handelt es sich hierbei um sehr individuelle Mietverhältnisse und Situationen. Hier muss auch individuell reagiert werden. Hier wäre ein allgemein gültiges Konzept nicht die passende Antwort. Somit betrifft der Antrag zum einen eine bereits beschlossene Sache und es ist mit dem Vorschlag des Antrages in der speziellen Situation auch keine Lösung verbunden.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** weist für die SPD Fraktion darauf hin, dass Punkt 1 des Antrages die von **Frau RM Heuser** aufgezeigte Problematik beantwortet.

**Frau RM Gärtner** schließt sich den Äußerungen von **Frau RM Heuser** an. Zum einen liege ein Beschluss zur Thematik vor und zum anderen wird Punkt 1 des Antrages der Individualität von eventuell auftretenden Problemen beim Raumbedarf der genannten Einrichtungen nicht gerecht. Der Aufwand, hier ein Programm zu erstellen, würde die Verwaltung bei der Lösung von konkret vorliegenden Fragestellungen in diesem Bereich lahm legen. Hier ist keine Konzept, sondern eine Einzelfallreaktion der Verwaltung gefragt. Die Verwaltung zeigt sich bisher bei auftretenden Krisensituationen in diesem Bereich sehr engagiert, um betroffenen Einrichtungen zu helfen.

**Frau RM Hoyer** weist darauf hin, dass es einzelne Probleme bei Einrichtungen und Projekten gibt, bei welchen ein Hilfebedarf besteht. Hier werden bei der Verwaltung Kapazitäten durch ein neues Soforthilfe-Programm oder ein neues Konzept blockiert. Dies würde sich kontraproduktiv auf wirkliche Hilfe auswirken. **Frau RM Hoyer** kann die Forderung nach einem starren Programm und einer standardisierten Lösung nicht nachvollziehen und teilt mit, dass die FDP diesem Antrag nicht zustimmen wird.

**Frau RM Schmerbach** merkt an, dass vor allem Punkt 1 des Antrags sich auf Soforthilfen z.B. im Hinblick auf die Bereitstellung von leerstehenden städtischen Büroräumen bezieht. Gerade im Hinblick auf die absehbar zunehmenden Spannungen auf dem Markt ist ein Entgegensteuern geboten, um die Verdrängung von gemeinnützigen Einrichtungen im sozialen, umweltpolitischen und kulturellen Bereich frühzeitig entgegen zu wirken. Hier ist ein frühzeitig aufgestelltes strategisches Handlungskonzept hilfreich.

**Herr RM Detjen** weist auf die bereits vorhanden Probleme auf dem Wohnungs- und Gewerbemarkt hin, welche dazu führen, dass selbst anerkannte, langjährig tätige und etablierte Vereine Probleme haben, neue Büroräume zu finden.

**Frau RM Gärtner** betont, dass die Vorhaltung eines allgemeinen Konzepts, welches nicht individuell auf die Bedarfe der einzeln betroffenen Träger abgestimmt ist, nicht zielführend ist. Hier sind Einzelfalllösungen notwendig.

**Frau SE Brauckmann** merkt aus der Sicht einer NGO an, dass die Notwendigkeit der Übernahme einer gesellschaftlichen und stadtpolitischen Verantwortung in Form eines strategischen Handlungskonzeptes wichtig sei. Hier ist ein stärkeres Engagement der Stadt hinsichtlich der sog. „Dritten Orte“ sinnvoll, welche nicht nur den individuellen, akuten Fall zur Erhaltung, sondern eine gesamtstädtische Entwicklung zur Stärkung dieser Orte, im Blick hat.

Der Ausschuss erteilt **Frau RM Gerlach**, welche nicht Mitglied des Ausschusses ist, das Rederecht.

**Frau RM Gerlach** pflichtet dem bei und erläutert, dass viele soziale Träger und kulturelle Einrichtungen davon bedroht sind, ihre Räumlichkeiten zu verlieren und keine neuen Räume finden können. Gerade wenn Beratungsleistungen übernommen werden, welche sonst durch die Stadt Köln erledigt werden müssten, ist es dringend geboten, diese Einrichtungen zu unterstützen. Hier ist von Seiten der Verwaltung derzeit kein Handeln zu erkennen.

**Herr Dr. Rau** macht darauf aufmerksam, dass die Intention des Antrages, Quartiere der Nutzungs- und der sozialen Vielfalt zu erhalten und auch neu zu schaffen, von allen gewollt ist. Bei der Herangehensweise, um dieses Ziel zu erreichen sind, auch aktuell, viele Menschen der Verwaltung involviert, so dass hier aktuell von Verwaltungsseite nach Hilfe- und Lösungswegen gesucht wird. Der Masterplan des Dezernats V, welcher demnächst in verschiedenen Gremien vorgestellt wird, ist mit der Vision versehen, künftig den Anspruch zu erheben, aktiv in die Stadtentwicklung einbezogen zu sein und neue Quartiere zu schaffen und vorhandene Quartiere in dem Sinne der Vielfalt weiter zu entwickeln. Gut ist, so **Herr Dr. Rau**, wenn Politik und Verwaltung gemeinsam solche Methoden beschließen, welche es möglichst gut und schnell ermöglichen dieses Ziel zu erreichen. In diesem Sinne sind individualisierte Sofortmaßnahmen, wie in den dargelegten Akutfällen, ebenso gefragt, wie ein lang- und mittelfristiges Ziel. Das im Antrag gewünschte Sofortprogramm ist bereits tägliches Handeln der Verwaltung in solchen Fällen.

**Frau SE Volland-Dörmann** merkt für die freie Wohlfahrtspflege an, dass bei Stadtentwicklung grundsätzlich überlegt werden muss, wie sowohl in Bestands-Quartieren als auch in zukünftigen Quartieren Räume berücksichtigt werden. Jedes Quartier dieser Stadt braucht, unabhängig von seiner sozialen Struktur, generationsübergreifende bürgerschaftliche Begegnungsräume. Dies ist ein Ansatz, den alle Fraktionen verfolgen sollten. Es wurde in der Vergangenheit versäumt, diese zu schaffen Sie erinnert an einen Beschluss aus dem damaligen Sozial- und Gesundheitsausschuss, nach dem sowohl bei Bestandsquartieren mit Bebauungsplanung als auch bei Quartiersentwicklung automatisch soziale Räume berücksichtigt werden. **Frau SE Volland-Dörmann** führt weiter aus, dass jeweils Lösungen gefunden wurden, um akute Probleme zu lösen. Hier muss, gerade bei der derzeitigen Lage auf dem Angebotsmarkt, ggf. durch Haushaltsmittel nachgesteuert werden, um eine Raumanmietung möglich zu machen.

**Herr SE Feles** macht auf die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Vereine aufmerksam, welche durch Ehrenamts-Karte und Ehrenamts-Tag gefördert werden. Zur Förderung gehört aber auch das Angebot einer Unterstützung bei der räumlichen Unterbringung des Vereins.

Weitere Wortmeldungen werden keine gestellt.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Gegen die Stimmen von SPD/Die Linke (5) mit Stimmen von CDU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen (8) mehrheitlich abgelehnt.**

**3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**3.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel hier: Maßnahmebewilligungen 2019 1400/2019**

Wortmeldungen werden keine gestellt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt aus den im Haushaltsplan für 2019 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2019 Zuschüsse an die in der Begründung genannten Träger in Höhe von insgesamt 54.633 € zu gewähren.

Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**

**3.2 Verbesserte Hinweise auf mangelnde Barrierefreiheit der Hohenzollernbrücke (Nordseite)  
Beschlussantrag SE Dr. Herbert Mück vom 02.06.2019**

Frau RM Heuser teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zustimmen wird.

Herr Dr. Rau teilt mit, dass das im Antrag genannte Schild gereinigt wurde und die Verwaltung hier bereits tätig ist. Der Antrag wird von Seiten der Verwaltung eher allgemein verstanden, um auf Erkennbarkeit und Sichtbarkeit von Hinweisschildern aufmerksam zu machen.

Herr Dr. Dr. Mück erläutert, dass das betreffende Schild ggf. verlegt und durch ein größeres Exemplar ersetzt werden sollte, da es am bisherigen Standort schlecht erkannt wird und mit einer neuen Verschmutzung durch Aufkleber zu rechnen ist.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschussvorsitzende RM Paetzold lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beauftragt die Verwaltung, baldmöglichst den auf der rechten Rheinseite angebrachten und mittlerweile völlig unleserlichen Hinweis auf die mangelnde Barrierefreiheit des auf der Nordseite gelegenen Fußgängerübergangs der Hohenzollernbrücke zu optimieren. Dort soll zumindest anstelle des bisherigen Schildes (siehe Foto) ein deutlich größeres und gut erkennbares Schild angebracht werden, das hoch genug platziert wird, so dass es nicht ohne Hilfsmittel erreicht werden kann. Außerdem sollte es Farbe und Klebstoffe abweisen können und in monatlichen Abständen auf seine Erkenn- und Lesbarkeit überprüft werden. Soweit möglich, sollte es an einer Stelle angebracht werden, wo es nicht innerhalb von Wandschmierereien „untergeht“, also besser wahrgenommen werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**



## **4 Ausschussempfehlungen an den Rat**

### **4.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018 1269/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Schultz, Amt für Wohnungswesen.**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der **Ausschussvorsitzende RM Paetzold** lässt über den Antrag abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die „Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) für die Zeit vom 01.01.2017 – 24.01.2018 und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**

### **4.2 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018 1273/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Schultz, Amt für Wohnungswesen.**

**Frau RM Schmerbach** fragt nach der Höhe der Kosten, welche von Selbstzahler entrichtet werden.

**Herr Schultz** erläutert, dass die Satzungen eine rechtliche Grundlage darstellen, auch um die Kosten für die Unterkunft von Menschen, welche einen asylrechtlichen Status erhalten haben und Leistungen nach dem SGB II beziehen, gegenüber dem Bund abrechnen zu können. Die Problematik einer Selbstzahlung stellt sich realistisch nicht und bedarf keiner ausdrücklichen Regelung, da Notunterkünfte im Regelfall für neu der Kommune zugewiesene bzw. erstmalig unterzubringende Geflüchtete vorgehalten werden, die aufgrund dieser Lebenslage noch kein eigenes Einkommen haben. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** lässt über die Vorlage abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die „Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) rückwirkend ab dem 25.01.2018 und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**

**4.3 „Integrationsbudget“: Mittel für die Fortschreibung des Gesundheitswegweisers und die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“  
1316/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Oster, Amt für Integration und Vielfalt**

**Frau RM Schmerbach** begrüßt die Vorlage und stellt die Frage nach der Querschnittsaufgabe „Gesundheit“ und ob bestimmte Themenschwerpunkte während der Ausbildung für alle Integrationslotsen vermittelt werden sollten.

**Herr Oster** erläutert, der Themenschwerpunkt „Gesundheit“ könne kaum in seiner ganzen Breite an alle Integrationslotsen vermittelt werden. Mit dem hier vorliegenden Model sollen spezielle Integrationslotsen qualifiziert werden, um als Multiplikatoren tätig zu werden.

**Frau RM Schmerbach** fragt nach, welcher Personenkreis als Integrationslotse „Gesundheit“ ausgebildet werden soll.

**Herr Oster** teilt mit, dass es sich hierbei um Menschen mit Migrationshintergrund handeln soll.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt im Nachgang zum Ratsbeschluss vom 14.02.2019 (Vorlage Nr. 4173/2018), die restlichen Mittel in Höhe von 40.935,00 € aus dem für 2019 veranschlagten Integrationsbudget in Höhe von insgesamt 986.093,00 € wie folgt zu verteilen:

1320/2015 Fortschreibung Gesundheitswegweiser für Kölner/innen mit Zuwanderungsgeschichte; GA1 8.435, -€

1342/2015 Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als Integrationslotsen Gesundheit; GA 4 32.500, -€.

Die Mittel in Höhe von 40.935,00 € werden im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen (32.500, -€) und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (8.435, -€) überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**

**4.4 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migrantenselbstorganisationen  
1224/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Oster, Amt für Integration und Vielfalt.**

**Herr RM Dr. Schulz** verweist auf den Interkulturellen Dienst, welcher bereits jetzt den Zugang von Migranten-Organisationen zur Verwaltung übernimmt und befürchtet parallele Strukturen. Ferner bittet er um Auskunft hinsichtlich der Finanzierung und wo genau diese Mittel umgewidmet werden sollen.

**Herr Oster** weist darauf hin, dass hier die Frage der Selbstorganisation der Migranten im Vordergrund steht. Das eine beschreibt die öffentliche Daseinsvorsorge, das andere, was Migranten in ihrer Selbstorganisation für sich selbst tun können. Dieser zweite Baustein soll hier gestärkt werden. Die Deckung der veranschlagten 100.000 Euro erfolgt aus Mitteln des vergangenen Jahres, welche bereitgestellt wurden, um Drittmittel für Projekte zur Betreuung von Flüchtlingen in Wohnungen zu übernehmen und welche übertragen wurden.

**Herr RM Detjen** verweist auf ein Fachgespräch des Interkulturellen Amtes vor ca. 3 Monaten, bei dem Bedenken u.a. aus dem Bereich des Integrationsrates ausgeräumt werden konnten. Hier stellt sich nun die Frage, ob eine Selbstorganisation von Migranten gefördert werden soll oder nicht gerade vor dem Hintergrund, dass viele Organisationen im Integrationsrat nicht vertreten sind. Hier ist eine Bündelung in einer unterstützten Selbsthilfeorganisation unterstützenswert.

**Frau RM Heuser** macht auf andere, seit vielen Jahren aufgebaute Strukturen aufmerksam und befürchtet hier den Aufbau einer Parallelstruktur und meldet Beratungsbedarf zu diesem Punkt an.

**Frau RM Hoyer** erinnert sich an die von **Herrn RM Detjen** erwähnte Diskussion bittet um Klärung, warum das Konzept durch den Solibund e.V. erstellt wurde und nicht durch die Verwaltung selbst.

**Herr Oster** erläutert, dass das Konzept vom Solibund e.V. entwickelt und dann von der Verwaltung begleitet wurde. Der Gründungsprozess wird bei Zustimmung durch die Politik sehr eng von der Verwaltung begleitet werden.

**Mit Beschlussfassung über die Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben.**

**4.5 Richtlinie für die Anerkennung und Förderung Interkultureller Zentren 1909/2019**

**Mit Beschlussfassung über die Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben.**

**4.6 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln einschließlich Betrauungsakt 0680/2019**

**Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben.**

**4.7 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatung im Quartier einschließlich Betrauungsakt 0681/2019**

**Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben.**

**4.8 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser  
1841/2019**

**Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben.**

**5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**5.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Maßnahme 5.0.2 „Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“  
1196/2019**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss Soziales und Senioren erkennt den Bedarf der Maßnahme 5.0.2 „Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ an.  
Er beauftragt die Verwaltung die Maßnahme als Bestandteil des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ extern zu vergeben.
2. Der Ausschuss für Soziales und Senioren verzichtet auf die Vorlage zur formalen Vergabeentscheidung, wenn das Vergabe- und das Rechnungsprüfungsamt den Vergabevorschlägen der Vergabestelle einvernehmlich und ohne Einschränkungen zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen.**

**5.2 Förderung des Projektes "Port Kölnberg - Veedelslotse"  
2126/2019**

**Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben.**

## **6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

### **7 Wohnen**

#### **7.1 Anfragen und Beantwortungen**

### **8 JobCenter Köln**

#### **8.1 Bericht des Jobcenter Köln 2105/2019**

**Für das Jobcenter anwesend: Frau Würker**

**Herr SE Liefertz** fragt, welchen Beitrag das Jobcenter bis jetzt oder zukünftig leistet, um geflüchtete Frauen, welche arbeiten möchten, auch tatsächlich in Arbeit zu bringen.

**Frau Würker** weist auf die besondere Lebenssituation geflüchteter Frauen hin und erläutert, dass hier eine Beratungsmesse geplant ist, bei der die unterschiedlichen Erfahrungen aus Fluchtsituationen, Kindererziehung, und religiöse Hintergründe mit einfließen sollen.

**Frau RM Heuser** fragt, wie viele Personen mit einem Schwerbehindertenmerkmal vom Jobcenter in die Rente oder ins SGB XII übergeleitet wurden.

**Frau Würker** teilt mit, dass sie in ihrem Haus klären lässt, ob dieser Abgangsgrund gespeichert wird. Sollte dies der Fall sein, so werden diese Zahlen vom Jobcenter nachgeliefert. Die Beantwortung der Anfrage wird der Niederschrift angefügt (*Anlage 3 der Niederschrift*).

**Frau RM Schmerbach** fragt zur Förderung nach § 16i SGB II, ob es sich um Arbeitgeber des ersten Arbeitsmarktes oder ob es sich um Arbeitgeber aus dem Sozialbereich handelt. Des Weiteren bittet sie um Auskunft, ob bei der Vermittlung in § 16i-Stellen auch Schwerpunkte bei Menschen mit Behinderungen gesetzt werden.

**Frau Würker** antwortet, dass der größere Anteil der Arbeitgeber derzeit dem sozialen Bereich, den Trägern angehört. Hier arbeitet das Jobcenter daran, den Arbeitgeberanteil aus dem Bereich des ersten Arbeitsmarktes zu erhöhen. Selbstverständlich ist auch bei Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung im Bereich des § 16i SGB II möglich. Das Vorliegen einer Behinderung ist kein Ausschlusskriterium, sondern ein Kriterium, welches noch mehr an Unterstützungsleistungen bietet.

**Frau RM Gärtner** bittet um Auskunft, ob dem Jobcenter Zahlen über die Abbrecherquote bei Maßnahmen nach dem § 16i SGB II vorliegen.

**Frau Würker** teilt mit, dass bisher 3 Abbrüche bekannt sind.

**Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.**

**Der Ausschuss nimmt dem Bericht des Jobcenters zur Kenntnis.**

## **8.2 Anfragen und Beantwortungen**

### **8.2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.05.2019 von Herrn Liefertz zum Thema "Gleichstellungsplan im Jobcenter Köln" 2032/2019**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **8.2.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.05.2019 von Herrn Dr. Schulz zum "Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2018" 2035/2019**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **8.2.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Hoyer auf der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 02.05.2019 zum Thema "Schaltung fingierter Stellenangebote in der Jobbörse" 2167/2019**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

## **9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

### **9.1 Anfragen und Beantwortungen**

### **9.2 Abschlussbericht zum EHAP Projekt BONVENA für besonders benachteiligte neuzugewanderte Menschen aus der Europäischen Union Berichtszeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2018 1528/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Oster, Amt für Integration und Vielfalt**

**Frau RM Schmerbach** bittet um Auskunft, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung aus diesem erfolgreichen Projekt zieht.

**Herr RM Detjen** weist darauf hin, dass solche erfolgreiche Projekte, auch vor dem Hintergrund einer Förderung durch die EU, weitergeführt bzw. neu aufgelegt werden sollten. Er bedauert, dass nur ein Teil der Träger und der mit dem Projekt Zusammenarbeitenden im Bericht genannt werden. Hier hebt **Herr RM Detjen** die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und insbesondere mit **Herrn Bezirksbürgermeister Josef Wirges** hervor.

**Herr Oster** führt aus, wie erfolgreich das EHAP Projekt BONVENA war und verweist auf die EHAP-Projekte „ALVENI links vom Rhein“ und „ALVENI rechts vom Rhein“, mit welchen eine etwas erweiterte Zielgruppe, aber genau auf den bisherigen Personenkreis zugeschnittenes Projekt neu aufgesetzt wurde. Auch dieses neue Projekt ist zeit-

lich begrenzt. Die Verwaltung wird die Problematik laufend beobachten, da die Herausforderungen für Köln weiterhin fortbestehen werden. Hierzu gehört, neben dem Zugriff auf Mittel der EU-Förderungen, auch eine angestrebte Förderung durch das Land NRW. Die Verwaltung wird die Politik rechtzeitig vor Auslauf der kommunalen Mittel für das Projekt „Willkommen und Ankommen in Köln“ eine Information zukommen lassen und sich zur Weiterführung um Folgemittel bemühen. **Herr Oster** hebt die Zusammenarbeit auch mit nicht im Bericht genannten Trägern und Institutionen hervor.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **10 Aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

### **10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2019 1951/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Dr. Bell, Amt für Integration und Vielfalt - Behindertenbeauftragter**

**Herr SE Dr. Dr. Mück** erkundigt sich nach Nachlieferungen der Hüllen „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“.

Hinsichtlich der Hüllen „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“ teilt **Herr Dr. Bell** mit, dass hier 1000 neue Hüllen nachbestellt worden sind. Er macht darauf aufmerksam, dass diese Hülle eine einmalige Maßnahme der Sensibilisierung der Öffentlichkeit darstelle und nicht als Dauerangebot gedacht sei. Die Bezirksrathäuser werden bei Lieferung entsprechend versorgt werden.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** lobt, dass der Bericht des Behindertenbeauftragten in einfacher Sprache erstellt wurde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **10.2 Bearbeitung von Schwerbehindertenanträgen 2019/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Frau Klock, Schwerbehinderten- und Elterngeldstelle**

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** merkt an, dass es zu einfach sei, die Schuld und Verantwortung an die Ärzte weiter zu geben. Hier liegt die Hauptverantwortung bei der Verwaltung. Gerade vor dem Hintergrund, dass viele Vergünstigungen für InhaberInnen von Schwerbehindertenausweisen, wie das KVB-Ticket, nicht rückwirkend vergünstigt angeboten werden, besteht hier weiterhin Handlungsbedarf.

**Frau Klock**, verweist auf Änderungen innerhalb des Aufbaus der Dienststelle und eine zwischenzeitlich verbesserte technische Ausstattung, so dass Antragsstellende

nunmehr schneller erreicht werden können. Ebenso wurde der Bürgerservice verbessert und hierdurch die Wartezeiten verringert. Als Achillesferse stellt sich allerdings der Bereich Personalgewinnung dar, da bestehende oder zugesetzte Stellen nicht oder nur sehr verzögert neu besetzt werden können. Es gäbe zwar Bewerbungen, allerdings ist das Anforderungsprofil, dem Aufgabenspektrum entsprechend, hoch. Bewerber müssen, neben den üblichen Anforderungen an einen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, auch die Bereitschaft mitbringen, sich mit den Krankheitsbildern auseinander zu setzen, um einen Fall bearbeiten zu können. Hier werden zwar Schulungen durchgeführt, allerdings muss die Belastbarkeit der Sachbearbeitenden entsprechend hoch sein. Hier ist auch eine sehr hohe Sensibilität gefragt, um mit den Antragstellenden behutsam umgehen zu können. Auf Grund dessen konnte von 74 externen Bewerbern keiner übernommen werden.

**Herr SE Dr. Dr. Mück** fragt hinsichtlich der telefonischen Erreichbarkeit nach und bittet um Auskunft hinsichtlich des im Bericht genannten Projektes.

**Frau Klock** erläutert, dass es hierbei um eine Zusammenarbeit mit dem Bürgertelefon geht, wo ein zusätzliches Team eingerichtet werden soll, um die telefonische Erreichbarkeit zu erhöhen. Auch hier gibt es derzeit noch Schwierigkeiten neues Personal zu finden und die Stellen so zu besetzen, dass kein Bestandspersonal aus der Sachbearbeitung abgezogen werden muss und nicht dort neue Lücken entstehen.

**Herr RM Ladenberger** fragt nach, ob es, nach Klärung aller Befunde, eine Zeitspanne für die Bearbeitungsdauer gibt. Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, wie viele der eingerichteten Stellen arbeitsfähig besetzt werden konnten.

**Frau Klock** teilt mit, dass nach Eingang aller erforderlichen Unterlagen diese an den ärztlichen Dienst weitergeleitet werden. Die Wartezeit bis zur Erteilung eines Schwerbehindertenausweises liegt derzeit bei 4 Wochen. Im mittleren Dienst sind derzeit 4,5 Stellen ausgeschrieben, im gehobenen Dienst, welcher die Widerspruchsbearbeitung durchführt, sind derzeit 3 Stellen vakant. In der Führungsebene konnten drei neue Kräfte gewonnen werden für frei werdende Stellen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **11.1 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**

### **11.2 Mündliche Anfragen**

**Herr SE Dr. Dr. Mück** stellt zur letzten Sitzung des Ausschusses die Nachfrage, zum Sachstand seiner Anfrage, ob und wie man den Link zu Seniorenthemen auf der Internetseite der Stadt Köln „umplatzieren“ kann. Bis heute findet man die Rubrik „Senioren“ auf der Unterseite „Leben in Köln“ zwischen den Rubriken „Menschen mit Behinderung“ und „Sterbefälle“. Dr. Rau hatte in einer SoSe-Sitzung zugesagt, zu überprüfen, ob, wann und wie dies geändert werden kann. Vor 2,5 Jahren habe er dies erstmalig angefragt!



**Ferner bittet Herr SE Dr. Dr. Mück** die Verwaltung um Auskunft zu einem Brief der Verwaltung an das Bezirksamt Mülheim, in dem Frau Steinraths mitteilt, dass die neue Seniorenkoordinator\*innen ab sofort Stimmrecht in den Bezirksarbeitsgemeinschaften für Seniorenpolitik haben. Mit gleichem Inhalt wurde ein entsprechender Brief vermutlich an alle Bezirksämter verschickt. Das Sozialamt argumentiert damit, dass die Seniorenkoordinatoren\*innen alle bei der LIGA angestellt sind und daher von dieser mit eigenem Stimmrecht in die BezirksAGs Seniorenpolitik entsandt werden können. Da die von den Wohlfahrtsverbänden entsandten Mitglieder in den Bezirksarbeitsgemeinschaften aber stets betonen, dass sie gegenüber ihrem Verband weisungsgebunden sind, würde dies dem Sinn und Zweck einer der Neutralität verpflichteten „Seniorenkoordination“ widersprechen. Die Seniorenvertretung der Stadt Köln und 7 von 9 Bezirksvertretungen hatten bei der Einführung der Seniorenkoordination nachdrücklich gefordert, dass die Seniorenkoordination bei der Stadt Köln verortet wird, um genau solche Interessenskonflikte zu vermeiden. Seine Frage lautet daher: Wurde mit dem Wohlfahrtsverbänden eine Vereinbarung dahingehend getroffen, dass die Seniorenkoordinatoren\*innen für die Zeit ihrer Teilnahme an einer Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik von ihrer Weisungsgebundenheit entpflichtet werden und nur aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen und Sachkompetenz entscheiden können bzw. wird dies noch nachgeholt.

**Des weiteren bittet Herr SE Dr. Dr. Mück** die Verwaltung um Auskunft, ob die Verwaltung ein juristisch anerkanntes Konstrukt entwickeln und ggf. in der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln verankern kann, dass es Seniorenvertretungen gestattet, Ehrenamtler mit der Erledigung genau definierter Aufgaben zu „beauftragen“ (es geht dabei ausdrücklich nicht um eine „Kooptierung“). Ohne einen entsprechenden Status („Beauftragter der Seniorenvertretung“) werden sich manche Aufgaben nicht überzeugend von ehrenamtlichen Helfern wahrnehmen lassen. Für solche „Auftragsaufgaben“ kommen insbesondere ehemalige Seniorenvertreter\*innen in Betracht, die ihr Wissen und Können weiterhin der Stadtgesellschaft zur Verfügung stellen wollen oder auch Personen mit besonderen Qualifikationen. Es sei leider so, dass fünf gewählte Personen pro Stadtbezirk mit bis zu 150.000 Einwohnern immer wieder absolut überfordert sind, die vielfältigen Aufgaben einer so riesigen Gemeinde mit ihren zahlreichen Einrichtungen allein zu schultern. Diese Situation spitzt sich dort noch zu, wo es keine Nachrücker mehr gibt, wenn ein Mitglied der Seniorenvertretung ausscheidet (aktuelle Beispiele: Kalk und möglicherweise auch Mülheim). Auch darf man nicht vergessen, dass manche gewählten Seniorenvertreter bereits zwischen 75 und 80 Jahren alt, also nicht mehr so belastbar sind.

**Frau Dr. Robinson** bittet um Konkretisierung der Anfrage. **Herr SE Dr. Dr. Mück** teilt mit, dass es um die Möglichkeit geht, Personen zur Unterstützung und Erledigung von Aufgaben für die Seniorenvertretungen heranzuziehen.

**Abschließend fragt Herr SE Dr. Dr. Mück** was die Verwaltung unternehmen kann, um das Vorhaben der Abfallwirtschaftsbetriebe zu stoppen, die gedruckte Version des Abfallkalenders einzustellen. Nicht nur ältere Menschen, auch jüngere sind dankbar für die gedruckte Version, die in vielen Küchen hängt und leicht eingesehen werden kann. Die Abschaffung der Druckversion ist für ältere Menschen ohne Internetzugang oder ausreichender Interneterfahrung benachteiligend. Auch die diskutierte Lösung, den gedruckten Abfallkalender telefonisch oder brieflich zu beantragen, baut für ältere Menschen eine unnötige Barriere auf.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen von **Herrn SE Dr. Dr. Mück** zu.

**Frau RM Schmerbach** erkundigt sich nach dem Sachstand der Umsetzung der Ausstattung von öffentlichen Herrentoiletten mit Wickeltischen (AN/0177/2018).

**Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

**Frau RM Hoyer** erkundigt sich nach dem Sachstand des Sozialraumkonzeptes und der angedachte Weiterentwicklung zweier neuer Sozialräume.

**Herr Dr. Rau** teilt mit, dass Ausgangspunkt der Weiterentwicklung eine kleinräumige Analyse der Lebenslagen der Menschen sein wird. Diese wird, kombiniert mit qualitativen Einschätzungen in eine Beschlussvorlage münden, in der die neuen Gebietszuschritte vorgeschlagen werden.

**Frau Dr. Robinson** ergänzt, dass im Rahmen der Stadtentwicklung vom Amt für Statistik und Stadtentwicklung die Indikatoren, welche einen Sozialraum ausweisen, momentan überarbeitet werden. Hier findet aktuell eine Abstimmung statt.

**Frau RM Heuser** präzisiert die Frage von **Frau RM Hoyer** und erläutert, dass 200.000 Euro mit dem Vermerk „Weiterentwicklung eines Konzeptes Lebenswerte Veedel“ in den Haushalt 2019 eingestellt wurden.

**Herr RM Dr. Schulz** gibt zu bedenken, dass der Begriff „Sozialraum“ nicht gleichgesetzt werden darf mit einen „Elendsviertel“.

**Frau RM Hoyer** bittet um Mitteilung, wer zur Sitzung am 03. Juli 2019 mit dem Thema „Weiterentwicklungsprozess Lebenswerte Veedel“ eingeladen wurde.

**Herr Schumacher** erläutert, dass es drei Runde Tische zu diesem Thema gibt. es ist sichergestellt, dass Vertreter der Politik, ebenso wie Vertreter der Stadtgesellschaft bzw. der Träger hier berücksichtigt werden. Am 10.07.2019 wird hierzu eine große Plenumssitzung durchgeführt werden, bei welcher auch Überlegungen wie die von **Herrn RM Dr. Schulz** vorgebrachten berücksichtigt werden.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** fragt nach wer aus der Politik hierzu eingeladen wurde.

***(Anmerkung Protokollführung: Die Mitglieder des Ausschusses wurden am 26.06.2019 durch E-Mail über den eingeladenen Kreis informiert.)***

**Frau RM Gärtner** erinnert an ihre mündliche Anfrage zum Sachstand BTHG und bittet dies in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu beantworten.

Weitere mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

## **12 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**

### **12.1 Präsentation der Ergebnisse der "Leben – in - Köln - Umfrage 2016"; Zusatzfrage des RM Herr Klausning in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.12.2018 1220/2019**

**Nachfragen werden keine gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.**

**12.2 Solidaritiy City Köln: Kann Köln Teil der europäischen Solidarity Cities werden?  
Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 11.03.2019  
AN/0307/2019**

**Die Anfrage ist unbeantwortet.**

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold** bittet die Verwaltung um Aufklärung hinsichtlich der sehr langen Dauer dieser Anfrage.

**Herr Oster** teilt mit, dass hierzu verwaltungsinterne Abstimmungen zwischen verschiedenen beteiligten Ämtern laufen und bittet um Geduld.

**12.3 Sachstand zum Sanierungs- und Umbauprogramm der Kölner Sozialhäuser  
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.03.2019  
AN/0314/2019**

**12.3.1 Sachstand zum Sanierungs- und Umbauprogramm der Kölner Sozialhäuser  
Beantwortung einer Anfrage der Ratsfraktionen der CDU und von Bündnis90/Die Grünen  
1029/2019**

**Frau RM Gärtner** bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage und bittet bei einer Sachstandsänderung um Information der Mitglieder des Ausschusses.

**Frau RM Heuser** bittet um Sachstand zur Umsetzung der Anlage 1 der Vorlage 3096/2016.

**Herr Dr. Rau** sagt eine Beantwortung zu.

**Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.**

**12.4 Zielgruppenberatung bei der Stadt Köln  
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat vom 07.05.2019  
AN/0644/2019**

**12.4.1 Zielgruppenberatung bei der Stadt Köln  
Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage gem. Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates  
1721/2019**

**Herr RM Detjen** regt an, da es sich hier um Sozialpolitik handelt, das Thema beim Dezernat V anzusiedeln. Die Beantwortung empfindet **Herr RM Detjen** als unbefriedigend und bittet dieses Thema weiter zu vertiefen.

**Herr Dr. Rau** erläutert, dass die Zuständigkeit, auf Grund der Thematik Stadtentwicklung, beim Dezernat VI liegt. Das Dezernat V sieht sich allerdings bei diesem Thema, da es auch soziale Belange berührt, immer mehr gefragt. Das Dezernat V möchte sich in zentrale Themen der Organisation von „Leben in Veedeln“ weiter einbringen und steht hier einer Unterstützung von Seiten der Politik positiv gegenüber. Grundsätzlich liegt die Verwaltungsorganisation im Zuständigkeitsbereich der Oberbürgermeisterin. Außerdem, so **Herr Dr. Rau**, muss hier auch die Stellenplangestaltung berücksichtigt werden.

**Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.**

#### **12.5 Beantwortung der Anfrage "Stärkung der Sozialräume" (AN/0274/2019) 1511/2019**

**Frau RM Heuser** merkt an, dass das Programm „Lebenswerte Veedel“ nicht mit anderen Programmen vermengt werden darf und bittet dies zu berücksichtigen.

**Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.**

#### **12.6 Beantwortung mehrerer Anfragen des Ausschusses für Soziales und Senioren aus der Sitzung vom 14.03.2019 zum Evaluationsbericht Haushaltsnahe Dienste (Vorlagen-Nr. 0278/2019) 1433/2019**

**Herr Dr. Dr. Mück** bittet um Aufklärung darüber, ob es beim Projekt „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ und den unter TOP 4.8 genannten Maßnahmen zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser um den gleichen Kreis der Betroffenen handelt.

**Frau Gramm** teilt mit, dass es hier bei beiden Programmen um die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen geht. Das Programm „Haushaltsnahe Dienste“ besteht seit vielen Jahren. Bei dem im Tagesordnungspunkt 4.8 angesprochenen Programm handelt es sich um neue Maßnahmen nach § 16i SGB II. Bei Vorliegen der Voraussetzungen könnte der Personenkreis, welcher im Programm „Haushaltsnahe Dienste“ berücksichtigt wird, auch über die Maßnahme des § 16i SGB II gefördert werden.

**Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.**

## 13 Mitteilungen

### 13.1 Fertigstellung des Monitoring Stadtentwicklung Köln 2001/2018

**Für die Verwaltung anwesend Herr Dick, Amt für Stadtentwicklung und Statistik**

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** bittet die Verwaltung um Aufklärung hinsichtlich der Zurückstellung der Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss in der Sitzung vom 28.06.2018 für ein dreiviertel Jahr bis zum 28.03.2019. **Herr Dick** führt aus, dass die Verzögerung entstand, da zwischenzeitlich entschieden wurde, dass eine dezernatsübergreifende Relevanz vorliegt und im Stadtentwicklungsausschuss ferner wegen anderer wichtiger Präsentationen kein Zeitfenster für diese Präsentation frei war.

**Herr Dick** führt zu Beginn der Präsentation aus, dass das Monitoring Stadtentwicklung keine neuen Daten liefert, sondern alle Daten, welche hier Verwendung finden, bereits vorliegen und beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik abgerufen werden können. Die hier verwendete Aufarbeitung der Daten anhand einer neuen und speziellen Methode führt allerdings zu einer neuen Sicht auf vorhandene Daten.

*(Anmerkung des Protokollführers: Die Präsentation mit den Erläuterungen von Herrn Dick sind der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt)*

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** bedankt sich bei Herrn Dick für den anschaulichen Vortrag und erkundigt sich nach dem Datenzugang für die Politik. **Herr Dick** erklärt, dass der Datenzugang für die Politik, nach abschließenden Arbeiten an der Software, nach der Sommerpause 2019 bereitstehen wird.

**Herr RM Erkelnez** bedankt sich für die CDU-Fraktion für den Vortrag und fragt, ob neben der Erhebung zu dem „wie“ und „das“ sich etwas entwickelt hat auch eine Datenerhebung hinsichtlich des „warum hat sich etwas entwickelt“, stattfindet.

**Frau RM Heuser** bedankt sich für den klaren Bericht und fragt, anhand des Beispiels Rodenkirchen und der negativen Entwicklung dort, ob anhand der erhobenen Daten der Grund hierfür für die Politik zu entnehmen ist.

**Herr Dick** erläutert, dass man an den gezeigten Daten die Gründe für eine Entwicklung nicht ablesen kann. Monitoring Stadtentwicklung ist ein Übersichtstool. Hier müssten tiefere Erhebungen durchgeführt werden, um die Entwicklungen zu unterfüttern.

**Frau RM Heuser** fragt nach, ob die Verwaltung Indikatoren zu einer bestimmten Entwicklung herausfiltern kann.

**Herr Rau** erläutert, dass das vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik vorgestellte Programm gemeinsam von Politik und Verwaltung genutzt werden kann. Die dort hinterlegten Daten werden sowohl Politik als auch Verwaltung interaktiv zur Verfügung stehen.

**Herr RM Dr. Schulz** unterstützt die Aussage des Dezernenten und macht darauf aufmerksam, dass es Aufgabe von Verwaltung und Politik ist, diese Daten zu interpretieren. Die reine Statistik zeigt ein widersprüchliches Bild.

**Frau RM Hoyer** bedankt sich für die FDP Fraktion für das gezeigte Instrument. Im Endeffekt sei es aber Aufgabe der Politik die Frage „Warum ist das so?“ zu beantworten.

**Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.2 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln" 1871/2019**

**Ohne Votum in die nächste Sitzung des Ausschuss Soziales und Senioren geschoben.**

### **13.3 Erfahrungsbericht zur Inklusionsvereinbarung 2017 1117/2019**

**Frau RM Schmerbach** zeigt sich erfreut über die Steigerung der Beschäftigungsquote auf 8,24%. Sie regt an, auch Angebote für Menschen mit Einschränkungen zu machen, so dass sich diese dann qualifizieren und auf Stellen in der Verwaltung bewerben können.

**Herr SE Liefertz** merkt an, dass von 6717 Bewerbern nur 317 einen Ausbildungsplatz erhalten haben. Hier muss innovativer gehandelt werden, um eine bessere Einstellungsquote zu erreichen.

**Herr RM Ladenberger** fragt nach dem Grund, warum die bereits schlechte Zahl der eingestellten Bewerber noch weiter gesunken ist. Dies spiegelt nicht die soziale Personalpolitik wider, welche die Stadt Köln eigentlich zu leisten in der Lage sein sollte.

**Herr Dr. Rau** sieht hier Verbesserungsbedarf. Der hier mit Nachdruck zum Ausdruck gebrachte Handlungsbedarf seitens der Verwaltung wird an die zuständigen Stellen des Dezernats I weitergegeben werden.

**Herr SE Feles** stellt die Frage, was die Stadt Köln von materieller Seite aus unternimmt, um jugendliche Menschen mit körperlichen Einschränkungen einzustellen und in Ausbildung / Arbeit zu bringen. Hier müssen auch alle angebotenen Arbeits- und Ausbildungsbereiche, welche die Stadtverwaltung in ihrer Bandbreite anbietet, berücksichtigt werden.

**Herr Dr. Rau** sagt zu, dies an das zuständige Fachamt weiterzugeben. Er weist auf die Rechte behinderter Menschen hin.

**Weitere Nachfragen liegen nicht vor.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.**

**13.4 Gesundheits- und Sozialwesen – Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2008 bis 2018  
2127/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Herr Neumann, Amt für Stadtentwicklung und Statistik**

**Herr RM Detjen** fragt nach, ob mit einem genauen Bericht gerechnet werden kann, welcher detaillierte Auskunft auch über die Art der Beschäftigungsverhältnisse gibt.

**Herr Neumann** weist darauf hin, dass es hier um sogenannte Standardberichte über Branchen handelt. Eine detaillierte Analyse auch unter Berücksichtigung der Art der Beschäftigungsverhältnisse wie Niedriglohnsektor, geringfügigen Beschäftigung u.a. wird dem Ausschuss voraussichtlich in der Sitzung im September 2019 vorgelegt werden.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** fragt hinsichtlich der Anzahl der im Bericht genannten Zahl der Ärzte und Arztpraxen nach, wie aktuell diese Daten sind.

**Herr Neumann** teilt mit, dass diese Zahlen von der Kölner Wirtschaftsförderung stammen. Nähere, exaktere Daten liegen nicht vor, da das Bundesgesundheitsministerium keine Daten auf Kreisgebietsebene anbietet.

**Weitere Nachfragen liegen nicht vor.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.**

**13.5 Anfrage- und Antragsrecht sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner  
1777/2019**

**Herr RM Dr. Schulz** begrüßt die Mitteilung des Stadtdirektors Dr. Keller, wonach das Antragsrechts eines jeden sachkundigen Einwohners uneingeschränkt ist und nicht des Votums der entsendenden Organisation oder Beirates etc. bedarf. Die rechtliche Auskunft ist ausreichend und hilfreich.

**Frau RM Hoyer** ist, nach der heftigen Diskussion in der letzten Sitzung des Ausschusses zu diesem Thema, froh über die Klarstellung durch den Stadtdirektor zum Antragsrecht eines sachkundigen Einwohners, wünscht sich aber bei Unsicherheiten über das Abstimmungsverhalten eine Rückkopplung zum entsendenden Gremium.

**Herr RM Detjen** hebt als Kernaussage der Stellungnahme der Verwaltung hervor, wonach ein sachkundiger Einwohner im Ausschuss Antragsrecht hat, auch wenn er dies mit seiner Organisation, seiner Partei oder dem entsendenden Gremium nicht abgestimmt hat.

**Herr Dr. Rau** bittet **Herrn SE Dr. Dr. Mück**, persönlich um Entschuldigung und bedauert, dass die Verwaltung sowohl bei der letzten Sitzung der Senioren AG als auch in der letzten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren keine rechtlich einwandfreie Auskunft geben konnte. Die Verwaltung wird bei ähnlichen Fragen und Sachverhalten künftig, wenn möglich, aus der Sitzung heraus die Abteilung für Kommunalverfassungsrecht zur Klärung heranziehen.

**Herr SE Dr. Dr. Mück** bedankt sich für die Entschuldigung des **Dezernaten Herrn Dr. Rau** und begrüßt die nunmehr vorliegende Klarstellung zum Antragsrecht von sachkundigen Einwohnern in den Ausschüssen des Rates. Zwischenzeitlich hat die Seniorenvertretung der Stadt Köln auf ihrer Stadtkonferenz zu den beiden, dieser Mitteilung zu Grunde liegenden, Anträgen positiv Stellung genommen und diese befürwortet.

**Herr SE Dr. Dr. Mück** teilt dem Ausschuss mit, dass dies heute seine letzte Sitzung als sachkundiger Einwohner ist und bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung für die zurückliegende, gute Zusammenarbeit.

**Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** bedankt sich bei **Herrn SE Dr. Dr. Mück** für seine langjährige Tätigkeit als Seniorenvertreter im Stadtbezirk Mülheim und als sachkundiger Einwohner im Ausschuss und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

**Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.6 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2018 1915/2019**

**Anwesend für die Verbraucherzentrale: Frau Iris van Eik (Mitglied der Geschäftsleitung der Verbraucherzentrale NRW), Frau Meschke und Frau Fackeldey**

**Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.7 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2018 1918/2019**

**Anwesend für die Verbraucherzentrale: Frau Iris van Eik (Mitglied der Geschäftsleitung der Verbraucherzentrale NRW), Frau Meschke und Frau Fackeldey**

**Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.8 Verbesserung des Bildungs- und Teilhabepaketes zum 01.08.2019 durch das Starke- Familien-Gesetz (StFamG) 2085/2019**

**Für die Verwaltung anwesend: Frau Thevis, Gruppenleitung, Bildung und Teilhabe, Köln-Pass, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren**

**Frau RM Gärtner** merkt an, dass die Erweiterung des Angebotes und die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und der Bürokratie positiv zu bewerten sind. Wichtig ist für sie, dass die Träger und die Verwaltung über weitere Erkenntnisse über Verbesserungsmöglichkeiten die Politik informieren, um hier handeln zu können.



**Frau RM Heuser** begrüßt ebenfalls die eingetretenen Verbesserungen und bittet um Auskunft, was die Formulierung unter Punkt 3. Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, hinsichtlich der Formulierung „pauschal 15 Euro monatlich berücksichtigt“ bedeutet.

**Frau Thevis** erläutert, dass es sich hier um den um 5 Euro monatlich erhöhten Betrag für Beiträge zu Sportvereinen, Musikschulen etc. handelt. In der Regel wird dieser Betrag auf 12 Monate angespart und bei Fälligkeit der Beiträge des Vereins abgerufen. Diese Erhöhung soll den betroffenen Kindern ermöglichen, ggf. mehrere Vereinsangebote zu nutzen.

**Weitere Nachfragen liegen nicht vor.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.9 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2019 der Bürgerzentren 2031/2019**

**Herr RM Dr. Schulz** fragt nach den einzelnen Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

**Frau Dr. Robinson** sagt eine Versendung zu.

*(Anmerkung der Geschäftsführung: Die einzelnen Ziel- und Leistungsvereinbarungen wurden den Mitgliedern des Ausschusses am 17.07.2019 durch E-Mail übermittelt.)*

**Weitere Nachfragen liegen nicht vor.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.10 KOMM-AN NRW – Programm zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten und Neuzugewanderten – Sachstandsbericht 2019 2047/2019**

**Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

### **13.11 Bericht Antirassismus-Trainings 2018 2014/2019**

**Nachfragen werden nicht gestellt.**

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

**Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold erklärt den öffentlichen Teil der Sitzung für beendet und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 14 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 15 Beantwortungen von Anfragen**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 18 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 18.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
- 18.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**
- 18.3 Mündliche Anfragen**
- 19 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19.1 Widerruf der Anerkennung von Atlant e.V. als Interkulturelles Zentrum 1373/2019**
- 19.2 Mietvertragsverlängerung der Notunterkunft Ringstr. 38-44, 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von geflüchteten Personen 1727/2019**
- 20 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 21 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 21.1 Anmietung von drei Mehrfamilienhäusern Martin-Luther.-Str. 6 a, 50767 Köln-Esch zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen 1694/2019**
- 21.2 Anmietung von zwei Mehrfamilienhäusern Zum Dammfelde 37 a und 37 b, 50859 Köln zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen 1695/2019**

## 22     **Anfragen**

Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold beendet die Sitzung des Ausschuss Soziales und Senioren um 17:45 Uhr.

\_\_gez. Paetzold\_\_\_\_\_  
Ausschussvorsitzender

\_\_gez. Krämer\_\_\_\_\_  
Schriftführer